

Altersübergang: Der größte Unterschied bleibt der zwischen Ost und West	2
Steuern: Rekordmeldungen führen in die Irre	3
Deutsche Arbeitskosten normalisieren sich – Wettbewerbsfähigkeit weiter hoch	4
Bildung: Getrennt lernen schadet	6
Arbeitsbedingungen: Stressfaktor Smartphone	7
TrendTableau	8

TARIFRECHT

Leichter zum allgemeinverbindlichen Tarif

Ein gesetzlicher Mindestlohn soll das deutsche Lohngefüge nach unten absichern. Um das Tarifsysteem insgesamt zu stabilisieren, wäre außerdem eine Reform der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen nötig.

Zum Thema Tarifautonomie enthält der Koalitionsvertrag von Union und SPD erstaunlich viel: „Die tariflich vereinbarten Branchenmindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz haben sich bewährt“, heißt es da. „Deshalb werden wir den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes über die bereits dort genannten Branchen hinaus für alle Branchen öffnen.“

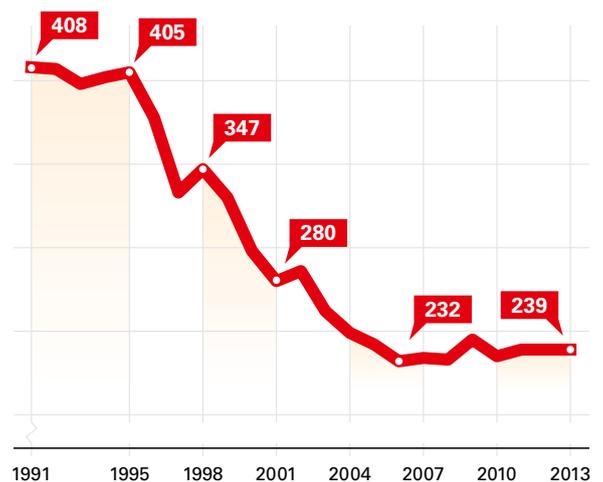
Diesen und weitere Vorschläge machen auch Thorsten Schulten und Reinhard Bispinck vom WSI.* Den Tarifexperten ist dabei eine Reform der Allgemeinverbindlicherklärung nach dem Tarifvertragsgesetz besonders wichtig. Denn bei Teilen der deutschen Unternehmen, aber auch bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände seien die Unterstützung und Akzeptanz von Tarifverträgen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen. Wurden Anfang der 1990er-Jahre noch rund 400 Branchentarifverträge allgemeinverbindlich erklärt, so waren es Anfang dieses Jahres nur noch 239.

Bislang müssen für eine Ausweitung der Tarifbestimmungen auf alle Beschäftigten einer Branche die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens 50 Prozent der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrags fallenden Arbeitnehmer beschäftigen. Der Koalitionsvertrag knüpft die Allgemeinverbindlicherklärung nun nicht mehr zwingend an das 50-Prozent-Kriterium. „Ein richtiger Schritt“, kommentieren Bispinck und Schulten. Nach ihrer Analyse ist die 50-Prozent-Hürde sogar ganz entbehrlich.

Auch eine Neubestimmung der Rolle des Tarifausschusses halten die beiden für geboten. Dieser besteht aus jeweils drei Vertretern der Spitzenorganisationen von Arbeitgebern und Gewerkschaften und muss einer Allgemeinverbindlicherklärung mehrheitlich zustimmen. „Beide Gruppen haben damit de facto jeweils eine Veto-Macht, die bislang vor allem den Arbeitgebern bei der Abwehr von Anträgen auf Allgemeinverbindlichkeit zugutekommt“, erläutern die WSI-Forscher. Dies gelte es abzuschaffen. Eine Möglichkeit wäre, den Ausschuss um Vertreter der Tarifvertragsparteien aus den jeweils betroffenen Branchen zu ergänzen. Auch könnte der Aus-

Tarifliche Einbindung lässt nach

Die Zahl der allgemeinverbindlichen Tarifverträge nach dem Tarifvertragsgesetz betrug ...



Aktuelle allgemeinverbindliche Branchenmindestlöhne*

Branche (pro Stunde)	West	Ost
Bauhauptgewerbe	13,70/11,05 € (Facharbeiter/Angelernte)	10,25 €
Elektrohandwerk	9,90 €	8,85 €
Gebäudereiniger ohne Glas- und Fassadenreinigung	9,00 €	7,56 €
Pflege	9,00 €	8,00 €
Leiharbeit**	8,19 €	7,50 €

* auf Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes bzw. **-Überlassungsgesetzes, Stand November 2013; Quellen: Tarifregister des Bundesarbeitsministeriums, Berechnungen WSI; WSI-Tarifarchiv 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

schuss eine Ausweitung des Tarifvertrags nur noch dann ablehnen dürfen, wenn sich eine Mehrheit dagegen ausspricht. Bisher reicht die Stimmengleichheit. ◀

* Quelle: Thorsten Schulten, Reinhard Bispinck: Stabileres Tarifvertragssystem durch Stärkung der Allgemeinverbindlicherklärung?, in: Wirtschaftsdienst 11/2013
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Renteneintritt: Der größte Unterschied bleibt der zwischen Ost und West

Ostdeutsche gehen im Schnitt früher in Rente als Westdeutsche. Die These, dass höhere Arbeitslosigkeit grundsätzlich zu mehr vorzeitigen Renteneintritten führt, bestätigt sich durch differenzierte regionale Analysen allerdings nicht.

Im Osten liegt das durchschnittliche Renteneintrittsalter gut anderthalb Jahre niedriger als in Westdeutschland. Dies stellen Sarah Mümken und Martin Brussig im aktuellen Altersübergangs-Report des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) fest. * Gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung und dem Forschungsnetzwerk Alterssicherung haben die Rentenexperten aber noch wesentlich feingliedriger untersucht, welche regionalen Unterschiede in Deutschland beim Renteneintritt bestehen. Als Basis dienen dabei 96 so genannte Raumordnungsregionen, die wirtschaftlich verflochtene Einheiten – etwa Stadt und Umland – zusammenfassen. So beziehen Frauen an der Mecklenburgischen Seenplatte und in einigen Gegenden Thüringens und Sachsens im Schnitt bereits mit 61,5 Jahren Altersrente, im Raum Osnabrück dagegen erst mit 63,7 Jahren. Bei Männern reicht die Spanne von 62,7 bis zu 64 Jahren.

Denkbar wäre, so die Forscher, dass eine hohe regionale Arbeitslosenquote zu früheren Verrentungen führt, etwa weil

ältere Arbeitslose keine realistische Chance auf einen neuen Job sehen und trotz Abschlagen eher in die Rente wechseln. Auf den ersten Blick scheint sich dies auch zu bestätigen: Höhere Arbeitslosigkeit und frühere Rente im Osten, weniger Erwerbslose und höheres Eintrittsalter im Westen. Betrachtet man beide Landesteile getrennt, so lässt sich allerdings kein signifikanter Effekt mehr ermitteln. Ein Grund könnte Mümken und Brussig zufolge sein, dass man insbesondere in strukturschwachen Regionen zwar in früheren Jahren durch Frühverrentung versucht habe, die Arbeitslosenquote Älterer zu drücken, dass diese Politik im Untersuchungsjahr 2010 jedoch schon nicht mehr wirksam war.

In diesem Zusammenhang warnen die Wissenschaftler vor den Folgen der vergangenen Rentenreformen, die den Altersübergang „entflexibilisiert“ haben. Damit sei „ein wichtiger gesamtstaatlicher Hebel schwächer geworden“, mit dem sich regionale Arbeitsmarktkrisen auffangen ließen. Hinzu kommt eine andere Beobachtung der Wissenschaftler: Gerade in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit fällt die Förderung älterer Erwerbsloser in Relation zur Zahl der älteren Arbeitslosen geringer aus. ◀

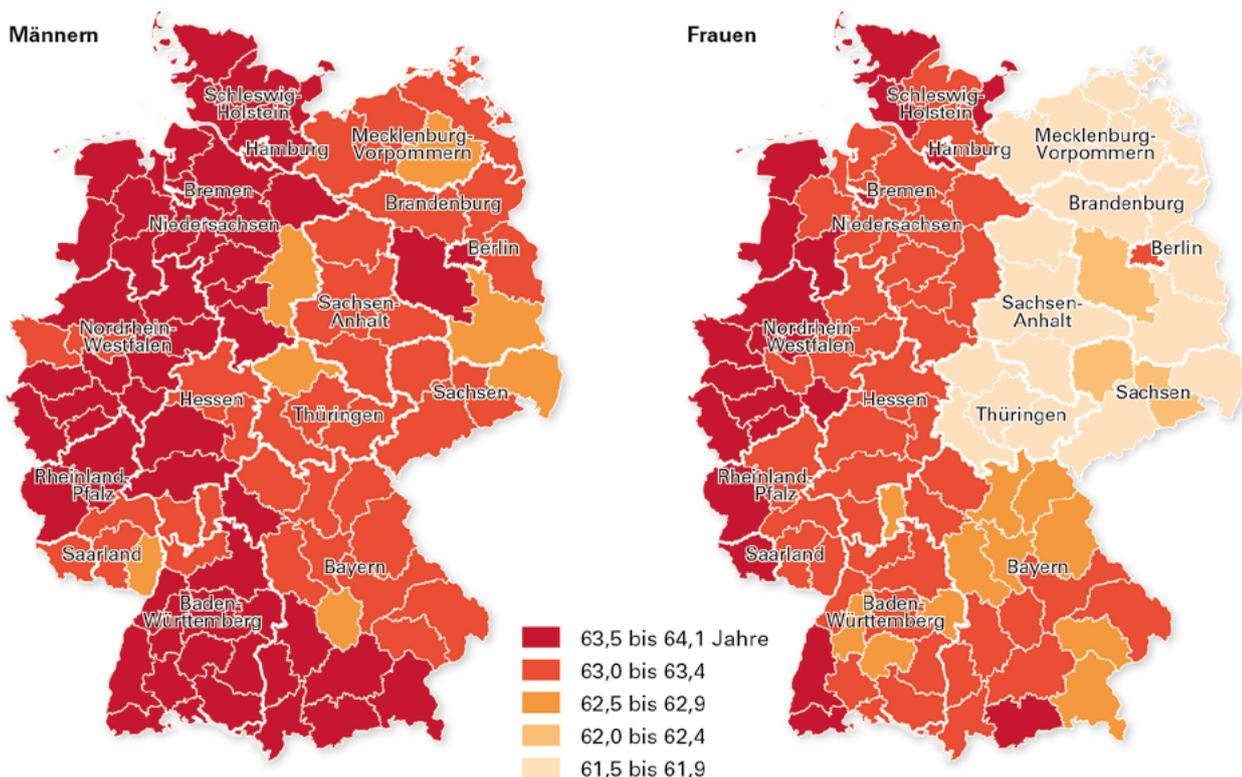
* Quelle: Sarah Mümken, Martin Brussig: Regionale Unterschiede im Altersübergang, Altersübergangs-Report 3/2013, Dezember 2013
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Länger arbeiten im Westen

Das durchschnittliche Alter beim Eintritt in die Altersrente betrug 2010 bei ...

Männern

Frauen



gegliedert nach Raumordnungsregionen; Quelle: Mümken, Brussig 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Rekordmeldungen führen in die Irre

„Einnahmerekorde“ bei den Steuern täuschen darüber hinweg, dass der Staat in Deutschland unterfinanziert ist. Das geht zu Lasten dringend notwendiger Investitionen.

Gut 620 Milliarden Euro werden Bund, Länder und Gemeinden nach der Steuerschätzung vom November in diesem Jahr an Steuern einnehmen. Das wäre, wie viele Medien berichteten, ein „historischer Höchststand“. Doch solche Rekord-Meldungen führen in die Irre, denn bei normaler wirtschaftlicher Entwicklung sind Einnahmewachse schlicht eine Selbstverständlichkeit. Darauf weisen Katja Rietzler und Achim Truger hin, Steuerexpertin des IMK und Wirtschaftsprofessor in Berlin.* Die beiden Autoren der IMK-Steuerschätzung warnen vielmehr vor einer dauerhaften strukturellen Unterfinanzierung des Staates. Wesentlicher Grund dafür: Die deutlichen Steuersenkungen seit Ende der 1990er-Jahre.

Die Wissenschaftler verdeutlichen den Zusammenhang mit Daten aus der bundesdeutschen Steuergeschichte seit 1951. In den allermeisten Jahren entwickelten sich die Steuereinnahmen im Einklang mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt. Die Wirtschaft wuchs, und das spülte auch mehr Geld in die Kasse des Staates. In 58 von 63 Jahren bis 2013 lagen die Einnahmen deshalb höher als in den zwölf Monaten zuvor. Und gleich 54 können sogar als „Rekordjahre“ gelten, in denen mehr eingenommen wurde als je zuvor in der bundesdeutschen Geschichte. Westdeutschland hatte seit 1950 40 Jahre lang ausschließlich „Rekordeinnahmen“ aufzuweisen.

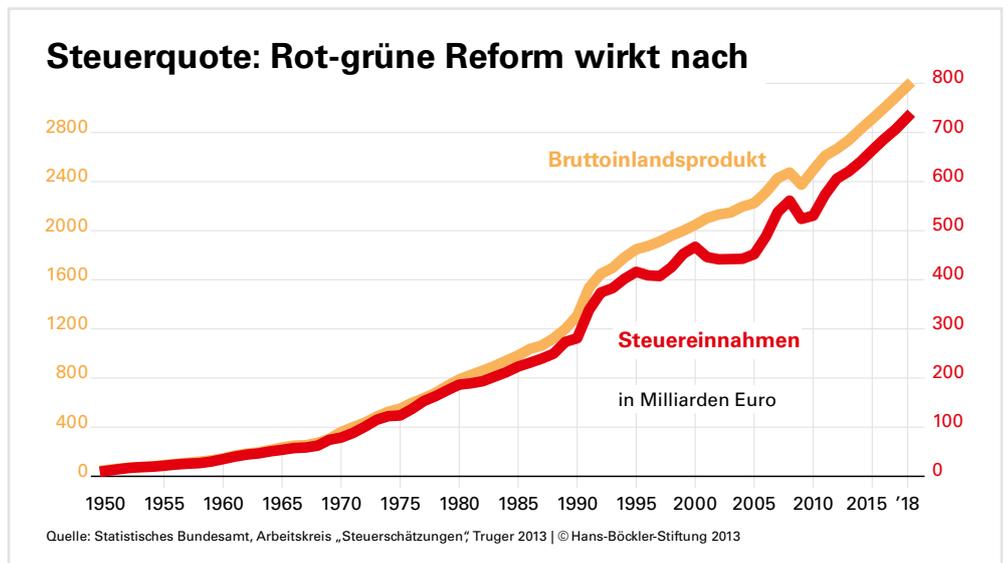
Aussagekräftiger als die langfristige Normalentwicklung sind für die Forscher daher die Ausnahmezeiträume. Und die häuften sich zuletzt: Alle fünf Jahre, in denen die Einnahmen zurückgingen, lagen zwischen 1996 und 2009, drei davon nach der Jahrtausendwende. Rietzler und Truger erklären diese Häufung durch die Kombination aus wirtschaftlichen Schwächephasen und den kräftigen Steuersenkungen, die seit 1999 vor allem die Bezieher höherer Einkommen, Unternehmen und Vermögende entlastet haben. Wenn 2013 noch die Steuergesetze von 1998 gegolten hätten, wären die Staatseinnahmen allein in diesem Jahr um 45 Milliarden Euro höher ausgefallen, hat Truger errechnet. „Die Steuersenkungen haben die staatliche Finanzierungsbasis stark geschwächt“, sagt Rietzler. „Obwohl sich die deutschen Staatsausgaben im internationalen Vergleich sehr moderat entwickelt haben, reichen die Mittel nicht.“

Das geht nach Analysen des IMK und anderer Institute vor allem zu Lasten der Investitionen. Seit 2003 übersteigen die Abschreibungen auf den staatlichen Kapitalstock die Bruttoinvestitionen, die öffentliche Infrastruktur verfällt –

insgesamt war ein Nettokapitalverzehr von 31 Milliarden Euro festzustellen. Die von Union und SPD angekündigten zusätzlichen Mittel für die Infrastruktur – 5 Milliarden Euro in vier Jahren – sind daher nach Einschätzung des IMK nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Gleichwohl stoßen die im Koalitionsvertrag geplanten Reformvorhaben schnell an die Grenzen des engen Einnahmekorsetts, zeigt Rietzler: Das beginne schon bei dem von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble genannten Betrag von 23 Milliarden Euro für alle so genannten „prioritären Maßnahmen der Legislaturperiode“ – neben Investitionen sind das unter anderem eine finanzielle Entlastung der Kommunen und zusätzliche Forschungsausgaben. Hinzu kommen einige Rentenleistungen wie die Mütterrente und die solidarische Lebensleistungsrente im Umfang von jährlich 7,5 Milliarden Euro. Die seien als gesamtgesellschaftliche Aufgaben eigentlich ebenfalls vom Bund aus Steuermitteln zu finanzieren und nicht aus den Beitragseinnahmen der Rentenversicherung, betont die Forscherin.

Das würde die Finanzierungslücke noch vergrößern. Außerdem hat die aktuelle Steuerschätzung vom November



die Steuereinnahmen des Bundes in den kommenden Jahren um rund 5 Milliarden Euro niedriger veranschlagt als die Mittelfristige Finanzplanung des Finanzministeriums vom Sommer. „Es ist also äußerst riskant, einfach auf Steuermehreinnahmen zu hoffen“, sagt Rietzler. Als bessere Alternative befürwortet das IMK gezielte Steuererhöhungen bei hohen Einkommen und Vermögen. Diese kämen auch Ländern und Kommunen zugute. Da rund die Hälfte der staatlichen Investitionen von Städten und Gemeinden getätigt werden, könnte Deutschland so auch seine öffentliche Infrastruktur modernisieren. ◀

* Katja Rietzler ist Expertin für Finanzpolitik am IMK, Achim Truger lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.
 Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Deutsche Arbeitskosten normalisieren sich – Wettbewerbsfähigkeit weiter hoch

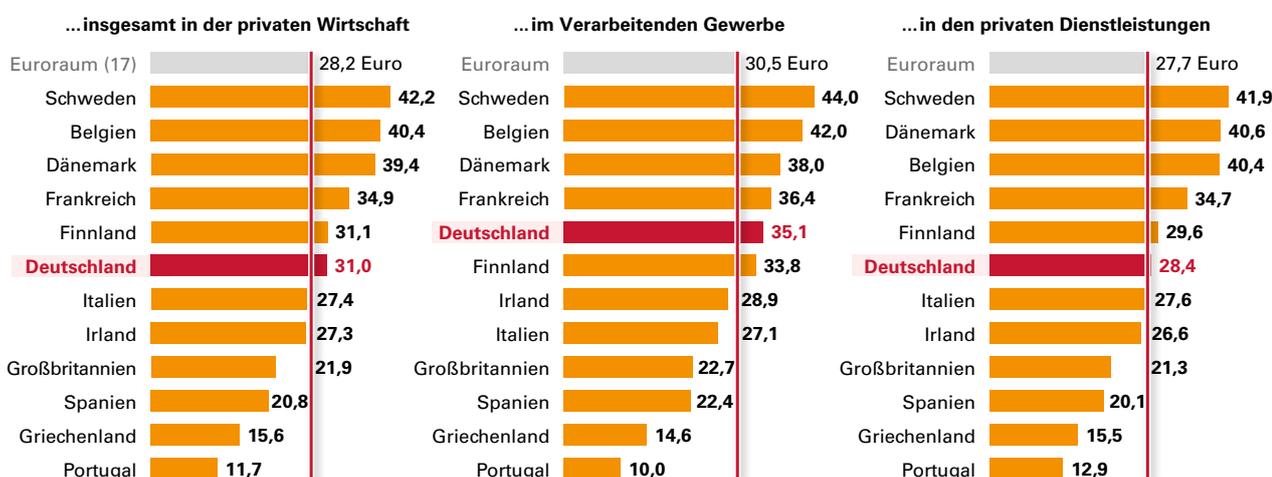
Seit Ausbruch der Krise im Euroraum sind die Arbeitskosten in den Krisenländern teilweise erheblich gesunken. Eine nachhaltige Erholung ganz Europas fiel leichter, wenn die Löhne in Deutschland für eine absehbare Zeit deutlich zulegten.

Die Arbeitskosten in der deutschen Privatwirtschaft haben sich lange Zeit weit unterhalb des europäischen Durchschnitts entwickelt. Seit 2011 scheint dieser Trend durchbrochen: Auch 2012 und im ersten Halbjahr 2013 legte ihr Wert um jeweils 2,8 Prozent zu – und hat sich damit weiter

Bei den Arbeitskosten der **Privatwirtschaft** liegt Deutschland 2012 mit 31 Euro pro Arbeitsstunde weiterhin im westeuropäischen Mittelfeld. Neben dem Bruttolohn umfasst dieser Wert die Arbeitgeberanteile an den Sozialbeiträgen, Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung sowie als Ar-

Arbeitskosten: Viele Nachbarn bleiben teurer

So viel kostete 2012 eine Arbeitsstunde...



Quellen: Eurostat, Bundesbank, Berechnungen IMK 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

normalisiert, so das IMK.* Die Wissenschaftler beobachten seit acht Jahren die Kostenentwicklung des Produktionsfaktors Arbeit in der Europäischen Union. Als Grundlage dienen ihnen die neuesten Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat.

„Angesichts der noch ungelösten Krise des Euroraums und der restriktiven Anpassungsprogramme der Troika für einige Länder, die auf eine Reduzierung der relativen Arbeitskosten abzielen, aber auch vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die weiterhin hohen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse sind diese Daten von großer wirtschaftspolitischer Bedeutung“, schreiben die Forscher. Nach einem Jahrzehnt sinkender oder stagnierender Reallöhne in Deutschland seien die jüngsten Lohnzuwachsrate von knapp drei Prozent ein Schritt in die richtige Richtung.

Irland und Spanien, aber auch Griechenland und Portugal haben zwar inzwischen an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Diese Entwicklung berge jedoch enorme deflationäre Risiken, so das IMK. Denn die wirtschaftliche Schrumpfung in den Krisenländern wirke sich auch negativ auf die Kapitalmärkte und das Wachstum Deutschlands aus. Insgesamt habe die deutsche Wirtschaft bislang nichts von ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt.

beitskosten geltende Steuern. Im Vergleich zu 2011 ist die Bundesrepublik um einen Rang nach hinten gerutscht und hat mit Finnland die Position getauscht. Höhere Arbeitskosten weisen unter anderem wichtige Handelspartner wie Frankreich, Belgien und Schweden auf. Die Skandinavier kommen für das vergangene Jahr mit 42,20 Euro pro Stunde auf die höchsten Arbeitskosten in Europa. Das liegt allerdings auch an der Aufwertung der Schwedischen Krone. In den Krisenländern Italien, Irland, Spanien, Griechenland und Portugal reichen sie von 27,40 bis 11,70 Euro die Stunde.

Im **Verarbeitenden Gewerbe** betragen die Arbeitskosten 2012 in Deutschland 35,10 Euro pro geleisteter Arbeitsstunde. Damit steht die Bundesrepublik im EU-Vergleich wie in den Vorjahren an fünfter Stelle als Teil einer größeren Gruppe von Industrieländern, die mit 32 bis 44 Euro die Stunde über dem Euroraum-Durchschnitt liegen. Spitzenreiter ist auch hier Schweden mit industriellen Arbeitskosten von 44 Euro, gefolgt von Belgien mit 42 Euro, Dänemark mit 38 und Frankreich mit 36,40 Euro.

Eine deutsche Besonderheit bilden immer noch die vergleichsweise niedrigen Arbeitskosten bei den **privaten Dienstleistungen**: Sie betragen 2012 lediglich 28,40 Euro, was nur unwesentlich über dem Durchschnitt des Euroraums

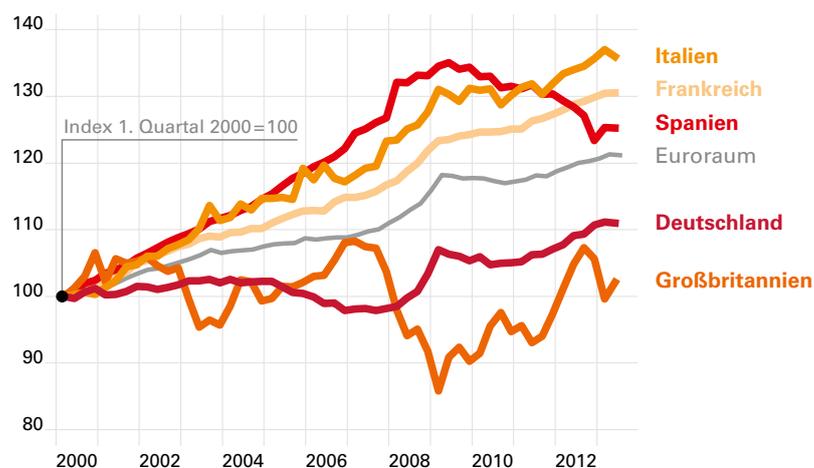
von 27,70 Euro liegt – und knapp 20 Prozent unter denen des Verarbeitenden Gewerbes. Auf den höchsten Wert kommt auch bei den Arbeitskosten für Dienstleistungen Schweden mit 41,90 Euro. Erstmals seit Beginn der Währungsunion legten diese Arbeitskosten in Deutschland mit 3,1 Prozent aber stärker zu als im Euroraum-Durchschnitt von 2,1 Prozent. Dennoch gilt: „In keinem anderen Land der Europäischen Union sind die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor in Relation zu denen im Verarbeitenden Gewerbe so niedrig“, erläutern die Wissenschaftler.

Damit profitiert das Verarbeitende Gewerbe in der Bundesrepublik stärker als in jedem anderen EU-Land von den günstigeren **Vorleistungen** aus dem Sektors. Denn Industriebetriebe kaufen produktionsnahe Dienstleistungen oft extern ein. Eine neue Studie im Auftrag des IMK hat diesen Effekt umfassend erforscht. Unter Berücksichtigung der Unterschiede bei der Verteilung von Vollzeit, Teilzeit und Minijobs sowie der verschiedenen hohen Stundenlöhne im Dienstleistungssektor und dem Verarbeitenden Gewerbe ermittelte sie die tatsächliche Vorleistungsverflechtung der deutschen Wirtschaft. Danach kann die Industrie je Arbeitsstunde acht bis zehn Prozent oder rund drei Euro an Kosten sparen. Während der Dienstleistungssektor die Industrie hierzulande bei den Arbeitskosten also entlastet, sei es insbesondere in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern umgekehrt, betonen die Forscher.

Für die **Lohnstückkosten**, also die Arbeitskosten korrigiert um Produktivitätszuwächse, beobachtet das IMK dasselbe Muster wie bei den Arbeitskosten: In Deutschland legten sie 2012 um 2,9 Prozent zu, im Euroraum-Durchschnitt nur um 1,9 Prozent. Zwischen Anfang 2000 und Mitte 2012 wuch-

Weiter günstiger als die Wettbewerber

Die Lohnstückkosten entwickelten sich in ...



Quellen: Eurostat, Bundesbank, Berechnungen IMK 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

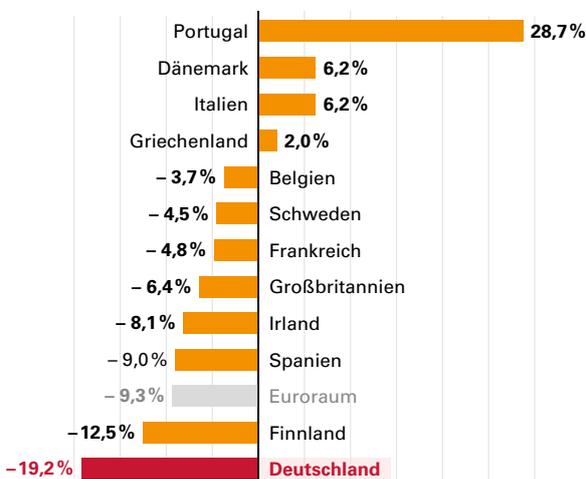
sen die deutschen Lohnstückkosten im Jahresmittel lediglich um knapp 0,7 Prozent – und damit deutlich langsamer als im Euroraum insgesamt mit 1,7 Prozent. Zwischen 2000 und dem Beginn des Jahres 2008 stagnierten sie sogar. Auch wenn sich der über Jahre aufgelaufene Abstand zwischen der Bundesrepublik und ihren Euro-Partnern nun verringert, „hat Deutschland gegenüber dem Rest Europas weiterhin einen extrem hohen preislichen Wettbewerbsvorteil“, schreiben die Wissenschaftler. Das bedeutet: Deutschlands hoher Leistungsbilanzüberschuss von mehr als 185 Milliarden Euro im vergangenen Jahr werde 2013 wahrscheinlich nicht zurückgehen, „obwohl die Krisenländer Europas ihre Importe zurückfahren müssen“.

Griechenland, Irland, Spanien und Portugal hätten durch eine sehr schwache Lohnstückkostenentwicklung in den vergangenen Jahren zwar wieder Anschluss an den Durchschnitt des Euroraums gefunden, stellt das IMK fest. Das sei auch an deutlich wachsenden Exporten ablesbar. Die Position der deutschen Wirtschaft erreichten sie aber längst noch nicht. **„Es wäre gesamtwirtschaftlich weitaus besser, wenn die Löhne in Deutschland für eine absehbare Zeit jährlich um deutlich mehr als drei Prozent zulegen“**, empfehlen die Forscher. Damit würde die Lohnpolitik deflationären Risiken entgegenwirken, ohne die Inflation anzukurbeln. Bei den europäischen Nachbarn würde der restriktive und teilweise sogar gefährliche Anpassungsdruck nach unten gemildert.

Auch unter Verteilungsgesichtspunkten wären höhere Löhne in Deutschland das Gebot der Stunde, so das IMK. Denn die Beschäftigten hatten von der Jahrtausendwende bis zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise nur unterproportional Anteil am erzeugten Wohlstand. Um diese Lücke wieder zu schließen, setzen die Forscher unter anderem auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Praktischer Nebeneffekt: Dieser würde das Lohngefälle zwischen Dienstleistungen und Industrie reduzieren. ◀

Billiger Service senkt Kosten

So weichen die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor von denen im Verarbeitenden Gewerbe ab:



Quellen: Eurostat, Bundesbank, Berechnungen IMK 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

* Quelle: Alexander Herzog-Stein, Heike Joebges, Ulrike Stein, Rudolf Zwiener: Arbeitskostenentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit in Europa, IMK Report Nr. 88, Dezember 2013
[Link zur Studie unter www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Getrennt lernen schadet

Wenn Kinder frühzeitig auf verschiedene Schulformen aufgeteilt werden, schadet das ihren Fähigkeiten – und der Chancengleichheit.

Schulreformen stehen seit dem PISA-Schock regelmäßig auf der landespolitischen Tagesordnung – doch manche gehen in die falsche Richtung. Bis zum Jahr 2000 wurden in Bayern Haupt- und Realschüler bis zum Ende der sechsten Klasse gemeinsam unterrichtet, seither findet die Aufteilung bereits nach der vierjährigen Grundschule statt. Der Ökonom Marc Piopiunik vom Münchner ifo Institut hat die Auswirkungen dieser Reform empirisch untersucht.* Seine Analyse zeigt, dass die Umstellung die Leistungen sowohl der Hauptschüler als auch der Realschüler beeinträchtigt hat.

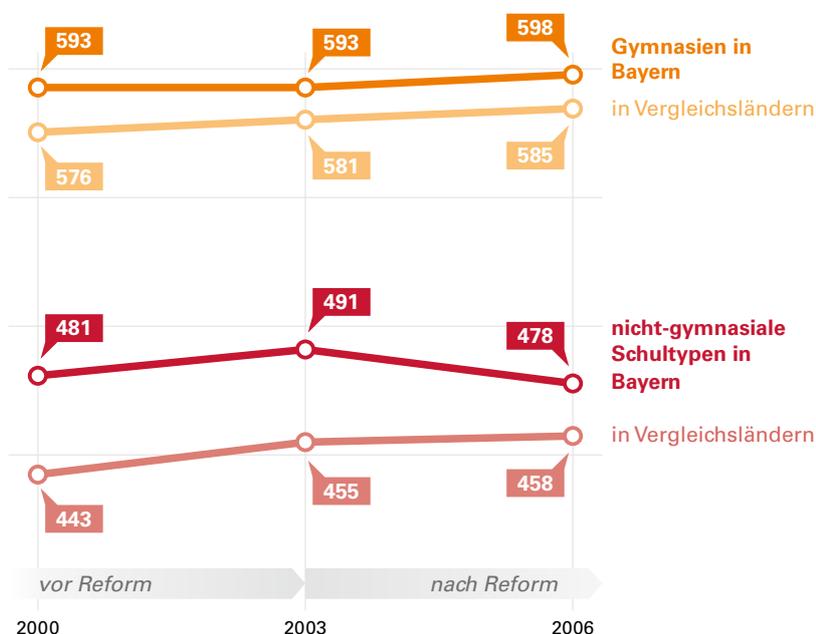
Aus theoretischer Sicht, so Piopiunik, könne die bayerische Schulreform Vor- und Nachteile haben. Einerseits entstünden durch die Aufteilung auf verschiedene Schultypen homogenere Gruppen, auf deren Bedürfnisse Lehrer gezielt eingehen können. Insofern wären Leistungsverbesserungen zu erwarten. Andererseits erhöhe die frühzeitige Zuordnung von Kindern die Gefahr von Fehleinschätzungen. Dadurch dürfte die Chancengleichheit leiden, da die Empfehlung für eine Schulform erfahrungsgemäß stark mit dem sozioökonomischen Status zusammenhängt. Zudem hätten leistungsschwache Schüler weniger Gelegenheit, vom gemeinsamen Lernen mit Stärkeren zu profitieren. Diesen wiederum entgehe die Gelegenheit, ihr Wissen den weniger erfolgreichen Mitschülern zu erklären und so zu vertiefen.

Um festzustellen, welche Effekte überwiegen, hat der Forscher PISA-Daten aus den Jahren 2000, 2003 und 2006 zu den Fähigkeiten von Neuntklässlern in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften ausgewertet. Die Jahre 2000 und 2003 betrachtet er als Vor-Reform-Periode, da die bayerischen Haupt- und Realschüler in diesem Zeitraum mehrheitlich noch gemeinsam lernten. Im Jahr 2006 galt dagegen bereits für drei Viertel das neue System. Als Kontrollgruppe dienen zum einen die Gymnasiasten in Bayern, die zwar von der allgemeinen Entwicklung in diesem Bundesland, aber nicht von der Schulreform betroffen waren. Zum anderen fungieren die Testergebnisse von Haupt- und Realschülern aus anderen Teilen Deutschlands als Vergleichsgröße.

Schon der bloße Augenschein lässt dem Wirtschaftswissenschaftler zufolge den schädlichen Effekt der Schulreform erkennen: Betrachtet man die Leseleistung von Gymnasiasten, zeigt sich in Bayern und den anderen Bundesländern über den gesamten Untersuchungszeitraum eine ähnliche Entwick-

Leistungsknick nach Schulreform

Die durchschnittliche Punktzahl für die Leseleistung bei PISA-Tests betrug in ...



lung. Bei den Haupt- und Realschülern dagegen verlaufen die Leistungskurven nur bis zur Reform parallel. Danach ist ein deutlicher Knick nach unten erkennbar – und zwar nur bei den Bayern. Anders als im Rest der Republik hat der Anteil der besonders schwachen Schüler im Freistaat stark zugenommen, der Anteil derjenigen, die das höchste Kompetenzniveau im PISA-Test erreichen, ist dagegen merklich zurückgegangen. Wenn die Leistungsentwicklung der bayerischen Haupt- und Realschüler und die der Kontrollgruppen miteinander verrechnet werden, ergibt sich als durchschnittlicher Effekt der Reform ein Minus von zehn PISA-Punkten. Das entspricht nach Piopiuniks Analyse ungefähr dem, was Schüler in einem halben Schuljahr lernen. Auch die Streuung der Testergebnisse hat um fünf Punkte zugenommen, was der Autor als Hinweis auf abnehmende Chancengleichheit deutet.

Wenn die Auswertung für Haupt- und Realschüler getrennt durchgeführt wird, zeigt sich bei beiden Gruppen ein ähnlicher Effekt auf die Leistungsfähigkeit. Auch Realschülern hat die Reform demnach das Lernen erschwert. Eine mögliche Erklärung: Umstellungsprobleme und unerfahrene Lehrer könnten die Testergebnisse beeinträchtigt haben. Andererseits, so Piopiunik, deuteten Berechnungen mit Daten der Kultusministerkonferenz von 2009 darauf hin, dass die frühzeitige Aufteilung der bayerischen Schüler auch langfristig negative Auswirkungen auf ihre Fähigkeiten hat. ◀

* Quelle: Marc Piopiunik: The Effects of Early Tracking on Student Performance: Evidence from a School Reform in Bavaria, ifo Working Paper Nr. 153, Januar 2013
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Stressfaktor Smartphone

Für viele Beschäftigte verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit – oft mit gesundheitlichen Folgen. Nicht unbeteiligt daran: die ständige Erreichbarkeit via E-Mail und Handy.

Theoretisch können die modernen Kommunikationstechnologien Arbeitnehmern das Leben angenehmer machen: Wer seine geschäftlichen E-Mails am Abend von zuhause beantwortet, kann früher das Büro verlassen, um die Kinder rechtzeitig aus der Kita abzuholen. Wer auch im Urlaub von Kollegen und Vorgesetzten über die jüngsten Entwicklungen in der Firma auf dem Laufenden gehalten wird, fühlt sich ernst genommen. Allerdings deuten die vorliegenden Studien eher darauf hin, dass Erreichbarkeit in der Freizeit „zu Beeinträchtigungen im Privatleben von Beschäftigten führt“. So lautet das Fazit eines Forschungsüberblicks der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA).*

Die Autoren, Barbara Pangert und Professor Heinz Schüpbach von der Universität Freiburg, sind bei ihren Recherchen in wissenschaftlichen Datenbanken auf 23 internationale Untersuchungen gestoßen, die sich mit den Folgen ständiger Erreichbarkeit befassen. Arbeitsbezogene Kommunikation außerhalb der Bürostunden ist für viele Beschäftigte alltäglich: Nach einer Befragung der Betriebskrankenkassen ist gut die Hälfte der Beschäftigten jederzeit für Arbeitsangelegenheiten erreichbar. Nach einer Erhebung des Branchenverbands Bitkom sind 29 Prozent jederzeit und 37 Prozent zumindest abends an Wochentagen für Kunden, Kollegen oder den Chef

Smartphone schielen, um keine Nachricht aus dem Büro zu verpassen? Auf den ersten Blick ist der Zusammenhang eindeutig: Nach einer Untersuchung der Deutschen Angestellten Krankenkasse haben Arbeitnehmer, die in hohem Maße erreichbar sein müssen, häufiger Depressionen als andere. In eine ähnliche Richtung tendieren Befunde der AOK und des DGB-Index Gute Arbeit. Allerdings ist es oft schwierig zu sagen, inwieweit gesundheitliche Beeinträchtigungen ausschließlich auf den Faktor Erreichbarkeit zurückgehen. Denn häufig kommen viele Stressfaktoren zusammen. Wer zum Beispiel oft Arbeit mit nach Hause nimmt, steht in der – vermeintlich – freien Zeit auch häufig in Mail-Kontakt mit der Firma.

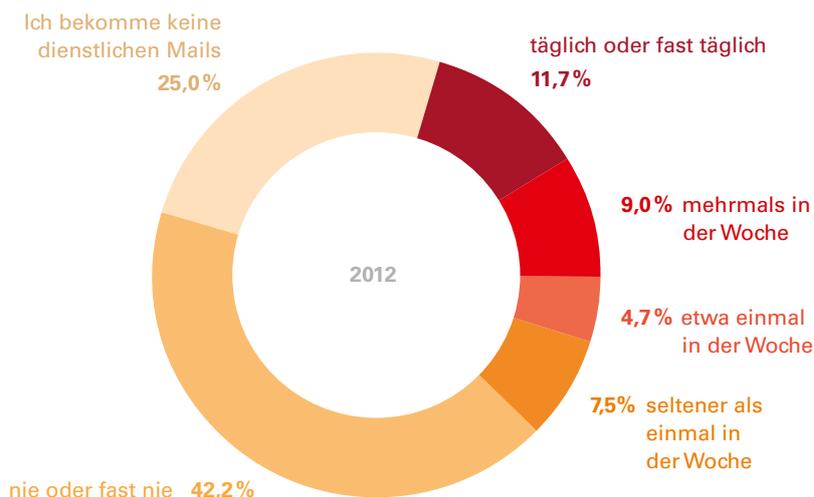
Zumindest einige der ausgewerteten Studien sind jedoch so angelegt, dass sich die Folgen ständiger oder häufiger Erreichbarkeit mithilfe statistischer Verfahren isolieren lassen. In diesen Untersuchungen wird Pangert und Schüpbach zufolge deutlich: Je höher die arbeitsbezogene Erreichbarkeit ist, „desto stärker sind Konflikte zwischen Arbeits- und Privatleben ausgeprägt“. Je nach Studie könne man „von einem kleinen bis starken Effekt sprechen“. Dies gilt unabhängig von beruflicher Position, Karriereambitionen, Arbeitsbelastung und Arbeitszeitarrangements der Betroffenen. Trotzdem gibt es eine Reihe von Einflussgrößen, die den Negativ-Effekt weiter verstärken: Wer unter extremem Druck steht, nur geringe Entscheidungsspielräume und eine wenig flexible Arbeitszeit hat, leidet besonders darunter, auch Teile des Privatlebens noch in Hab-Acht-Stellung verbringen zu müssen.

„Je ausgeprägter die arbeitsbezogene erweiterte Erreichbarkeit, desto eher berichten die Beschäftigten von Stress, Burnout und Nicht-Abschalten nach der Arbeit“, schreiben Pangert und Schüpbach. Zudem hätten einige Untersuchungen negative Auswirkungen auf Leistungsfähigkeit und Engagement ermittelt.

Aus Sicht der Arbeitnehmer positive Folgen der neuen technischen Möglichkeiten fanden die Forscher kaum. „In den vorhandenen Studien zeigt sich kein oder wenn dann nur ein kleiner Zusammenhang zwischen Erreichbarkeit und Bereicherungen des Privatlebens.“ ◀

Ein Drittel liest Job-Mails in der Freizeit

„Wie häufig lesen Sie außerhalb der Arbeitszeit dienstliche E-Mails?“



Abweichung zu 100 % durch Rundung; 3.078 befragte abhängig Beschäftigte 2012
Quelle: Beschäftigtenbefragung der DAK-Gesundheit 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

zu sprechen. In einer AOK-Studie gaben 34 Prozent der Befragten an, dass sie „häufig oder sehr häufig“ außerhalb der Arbeitszeit Mail- oder Telefonkontakt mit dem Arbeitgeber hatten.

Wie wirkt es sich auf Gesundheit und Zufriedenheit von Arbeitnehmern aus, wenn sie auch in der Freizeit ständig aufs

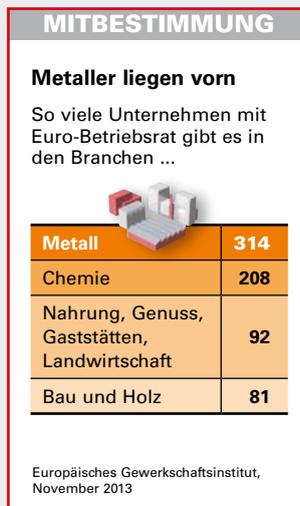
* Quelle: Barbara Pangert, Heinz Schüpbach: Die Auswirkungen arbeitsbezogener erweiterter Erreichbarkeit auf Life-Domain-Balance und Gesundheit, Hrsg: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, November 2013
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei
 nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),
 weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben
 unter boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **ARBEITSWELT:** Auch in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft bleibt Arbeit körperlich anstrengend. Gut jeder zweite Beschäftigte in Deutschland arbeitet beispielsweise regelmäßig im Stehen. Rund jeder fünfte muss oft schwere Lasten tragen oder in einer „Zwangshaltung“ arbeiten, also gebückt oder liegend, wie die Bundesanstalt für Arbeitsschutz

und Arbeitsmedizin (BAuA) ermittelte. In den vergangenen sechs Jahren habe sich der Anteil der Beschäftigten mit erschwerten Arbeitsbedingungen kaum verändert, betont die BAuA.
 BAuA, November 2013

► **ARMUT:** Die Wirtschaftskrise wirft die Europäische Union bei der Armutsbekämpfung zurück. Im Jahr 2012 waren

nach Angaben von Eurostat rund 125 Millionen Menschen in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Der Anteil der Bevölkerung in prekären materiellen Verhältnissen stieg damit von 23,7 Prozent im Jahr 2008 auf 24,8 Prozent. Im Einzelnen hatten 2012 rund 17 Prozent nur ein Einkommen unterhalb der nationalen Armutsschwelle, wobei Sozialtransfers bereits

eingerechnet sind. Etwa ein Zehntel der EU-Bevölkerung litt 2012 sogar unter „erheblicher materieller Deprivation“, das heißt beispielsweise, die Betroffenen konnten ihre alltäglichen Ausgaben nicht bezahlen oder ihre Wohnung nicht angemessen heizen.
 Eurostat, Dezember 2013